

## 2 Bevölkerung und bevölkerungsspezifische Rahmenbedingungen des Gesundheitssystems

### 2.1 Ausgewählte Schwerpunkte

#### 2.1.1 Berliner Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund

Entgegen dem bundesweiten Trend stieg in Berlin die Bevölkerungszahl: Im Vergleich zu 2005 lebten Ende des Jahres 2006 0,3 % mehr Menschen in Berlin. Von den 3.404.037 Einwohnern waren 51,1 % (1.738.284) weiblich und 48,9 % (1.665.753) männlich (vgl. Tabelle 2.2.1).

Bevölkerungszahl  
in Berlin 2006  
weiter gestiegen

Interessant ist die Betrachtung der *Alterspyramide* für die deutsche und ausländische Bevölkerung in Berlin (31.12.2006 - Bevölkerungsfortschreibung, vgl. Abbildung 2.1). Innerhalb der deutschen Bevölkerung zeigen die Geschlechter bis annähernd zum 68. Lebensjahr eine ähnliche Verteilung. Danach sinkt der Anteil der männlichen Einwohner im Verhältnis zu den weiblichen kontinuierlich. Etwa ab dem 80. Lebensjahr ist die Anzahl der deutschen Frauen doppelt so hoch wie die der Männer. Mit steigendem Alter verändert sich das Verhältnis zu Ungunsten der Männer immer mehr und erreicht bei den 98-Jährigen den Höhepunkt: von den 820 deutschen Berliner Einwohnern und Einwohnerinnen waren lediglich 130 Personen männlich und 690 weiblich. Das entspricht einem Verhältnis von 1:5,3.

Bei der ausländischen Bevölkerung zeigt sich ein anderes Bild: In Berlin leben im Alter zwischen 30 und 54 Jahren sowie zwischen 60 und 76 Jahren mehr Männer als Frauen mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Ab dem 77. Lebensjahr liegt das Verhältnis der nichtdeutschen Frauen zu den nichtdeutschen Männern etwa beim Eineinhalbfachen. Die Ausnahme besteht hier bei den 97-Jährigen: von den 73 Personen in diesem Alter sind nur 21 männlich, aber 52 weiblich (vgl. Tabellen 2.2.3 und 2.2.4).

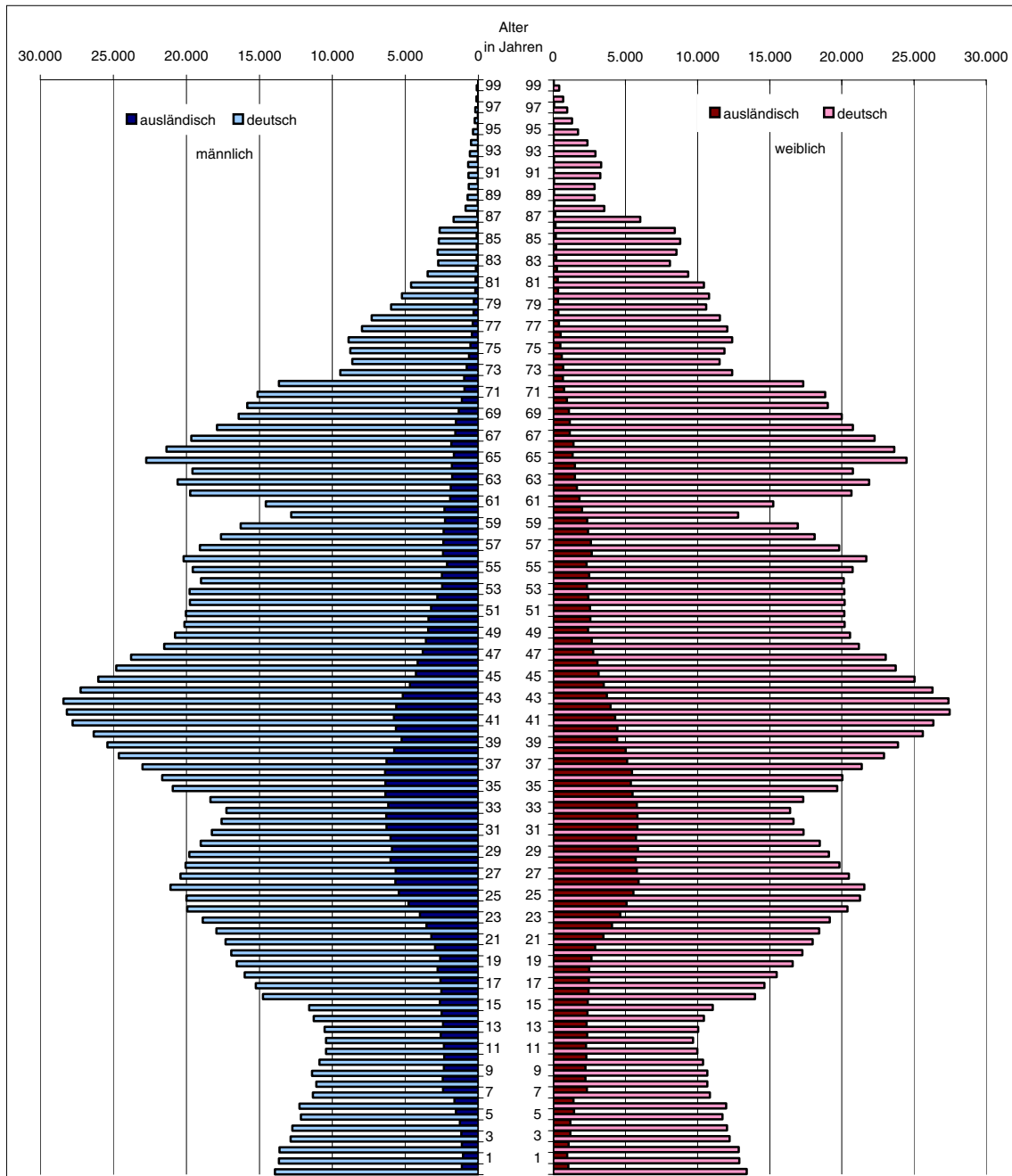
Der Bevölkerungszuwachs 2006 entstand, wie in den vorangegangenen Jahren, durch die *steigende Zahl ausländischer Mitbürger und Mitbürgerinnen*, die am 31.12.2006 laut Bevölkerungsfortschreibung bei 472.653 Personen (13,9 %) aus über 180 Staaten lag (vgl. Tabellen 2.2.2 und 2.2.9).

Anhand des Einwohnermelderegisters lassen sich drei *Herkunftsgruppen* erkennen, die die größten Anteile an ausländischen Personen in Berlin im Jahr 2006 stellten. 25 % (115.945 Personen) der in Berlin gemeldeten Ausländerinnen und Ausländer besitzen die *türkische Staatsangehörigkeit* und bildeten damit, wie auch bundesweit (26 %), die größte Landesgruppe in Berlin. Von den 147.429 Menschen aus den Staaten des ehemaligen Ostblocks einschließlich Jugoslawien waren mit 44.461 Personen (fast 10 %) die *Polen* am stärksten vertreten. Erst danach folgten 99.919 Bürgerinnen und Bürger aus den westlichen Industriestaaten<sup>1</sup>, darunter Italien (14.251 Personen entsprechen 3 % der Berliner Ausländer), USA (13.064 Personen, knapp 3 %), Frankreich (12.263 Personen, etwas weniger als 3 %) und Griechenland (10.109 Personen, 2 %). Laut Bevölkerungsfortschreibung ist der Ausländeranteil in Berlin von 1992 bis 2006 stetig von 10,7 % (371.577 Personen) auf 13,9 % (472.653 Personen) gestiegen, während im gleichen Zeitraum die Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit von 3.094.171 Personen auf 2.931.384 gesunken ist (vgl. Tabelle 2.2.1).

<sup>1</sup> Nach dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin war Ostblock die Bezeichnung einer sozialistischen Staatengruppe unter Führung der UdSSR von 1947 bis 1989 und umfasste die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes: UdSSR, Polen, DDR, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, zeitweise Rumänien und Albanien. Jugoslawien zählte nie zum Warschauer Pakt, wurde aber wegen der räumlichen Nähe zu den Ostblockstaaten gezählt. Zu den westlichen Industriestaaten zählen Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Spanien, Niederlande, Belgien, Schweden, Österreich, Dänemark, Finnland, Portugal, Griechenland, Irland, Schweiz, Norwegen sowie USA, Kanada und Japan.

Abbildung 2.1:

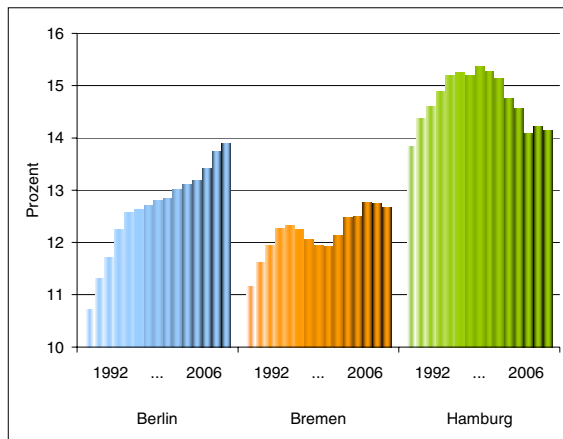
Alterspyramide der Berliner Bevölkerung von 0 - 99 Jahre am 31.12.2006  
nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit



(Datenquelle: AfS Berlin-Brandenburg / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)

Ein Vergleich mit den beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg offenbart, dass nur Berlin diesen kontinuierlichen Anstieg des Ausländeranteils bei gleichzeitigem Sinken des Anteils der deutschen Bevölkerung aufweist. Hamburg als Stadtstaat mit der größten nichtdeutschen Einwohnerschaft erreichte 1999 mit einem Ausländeranteil von 15,4 % den Höhepunkt. Seitdem ist der Anteil rückläufig, während gleichzeitig aber der Anteil der deutschen Bevölkerung wächst. Bremen hingegen zeigt seit 2001 nach vorherigem Rückgang wieder eine Zunahme der Bevölkerung mit ausländischem Pass. Der Anteil der in Bremen lebenden Personen mit deutscher Nationalität ist bis 2002 beständig gesunken, danach ist ein leichtes Ansteigen der deutschen Einwohnerzahlen zu erkennen (vgl. Abbildung 2.2).

**Abbildung 2.2:**  
**Anteil der ausländischen Bevölkerung an der jeweiligen**  
**Gesamtbevölkerung der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und**  
**Bremen 1992 - 2006 (Stand: 31.12.)**  
**- in %**



(Datenquelle: Statistische Landesämter / Berechnung und Darstellung:  
 SenGesUmV - I A -)

Weitgehend unbeachtet bei derartigen Erhebungen der Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit bleibt die Erfassung nach *Migrationshintergrund*. Allein an der Staatsangehörigkeit einer Person oder dem Indikator deutsch/nichtdeutsch lassen sich weder der Migrationshintergrund noch der Kulturkreis, aus dem die Betroffenen stammen, und schon gar nicht die ethnische Herkunft erkennen, da die Ethnien nicht mit den Staatsgrenzen übereinstimmen müssen und durchaus in mehreren Ländern beheimatet sein können. Die Zuordnung einer Person zu einer ethnischen Gruppe ist meist sehr subjektiv und nicht immer eindeutig, auch können Fremd- und Eigenzuordnung auseinanderfallen. Die Bezeichnung „mit Migrationshintergrund“ umfasst nach der *im Mikrozensus 2005 verwendeten Definition* Personen, die

Der Migrationshintergrund bleibt als Merkmal in der Statistik meist unbeachtet

- a) ausländisch sind (in Auswertungen mit den Merkmalen „Staatsangehörigkeit“ bzw. „deutsch/nichtdeutsch“ enthalten),
- b) die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, vor ihrer Einbürgerung jedoch mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland lebten,
- c) als Aussiedlerinnen und Aussiedler eingewandert sind oder
- d) im Inland geboren wurden, aber mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund (ausländisch, eingebürgert oder Spätaussiedler/in) aufweist.

In Berlin gibt es verschiedene Versuche, den Migrationshintergrund zu erfassen. Im Rahmen der Einschulungsuntersuchungen (ESU) in Berlin (Oberwöhrmann, Bettge 2007) werden die Staatsangehörigkeit und die *kulturelle Herkunft der Einschüler und Einschülerinnen* erhoben. Bei der Erfassung der kulturellen Herkunft werden neben den Passverhältnissen der Eltern auch deren Geburtsländer und die in der Familie vorwiegend gesprochene Sprache berücksichtigt. Die Einschätzung erfolgt durch den untersuchenden Arzt/die untersuchende Ärztin. Hierbei kann das o. g. Problem auftreten, dass die selbst empfundene Zugehörigkeit zu einem bestimmten Kulturkreis nicht mit der in der ESU angegebenen übereinstimmt. Staatsangehörigkeit und Herkunft der Kinder werden bei der ESU den Gruppen deutsch, türkisch, Staaten des ehemaligen Ostblocks, westliche Industriestaaten und sonstige Staaten zugeordnet. Seit 2005 wird zusätzlich eine arabische Staatsangehörigkeit oder Herkunft berücksichtigt. Problematisch ist hierbei, dass es sich bei dieser Bezeichnung nicht um eine eindeutig zuordenbare Staatsangehörigkeit handelt, sondern um eine ethnische Zuordnung zu einem Kulturkreis.

Bevölkerungszahlen werden aus verschiedenen Quellen zur Verfügung gestellt:

Zum einen gibt es die Einwohnerzahl aus dem Einwohnermelderegister jeweils zum 30.06. bzw. 31.12. eines jeden Jahres, zum anderen werden die durch eine Volkszählung ermittelten Bevölkerungszahlen fortgeschrieben und in der Regel für alle gängigen Statistiken mit Stichtag 31.12. weiter verwendet. Die Durchschnittsbevölkerung als arithmetisches Mittel aus den monatlichen Anfangs- und Endbeständen wird vorrangig für Jahresberechnungen benutzt.

Die Bevölkerungszahlen in diesem Kapitel sind prinzipiell der fortgeschriebenen Bevölkerung entnommen, wenn nicht explizit auf die melderechtlich registrierten Einwohner/innen oder im Ausnahmefall auf die Durchschnittsbevölkerung hingewiesen wird.

**Mikrozensus 2005  
erfasst erstmalig den  
Migrationshintergrund**

Mit dem überarbeiteten Mikrozensusgesetz vom 24. Juni 2004 wird versucht, dieser Problematik Rechnung zu tragen. Seit 2005 werden Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer erfragt; eingebürgerte Personen müssen Auskunft über die ehemalige Staatsangehörigkeit und das Jahr der Einbürgerung geben. Ausländerinnen und Ausländer werden nach Zahl und Alter der im Ausland lebenden Kinder, Ehegatten oder Eltern befragt.

Das Statistische Bundesamt hat erstmalig die 2005 im Mikrozensus erhobenen Bevölkerungszahlen nach Migrationshintergrund für ausgewählte Kriterien auf Länderebene ausgewertet, die Anfang 2007 veröffentlicht wurden (Statistisches Bundesamt 2007 a). Im Tabellenteil am Ende dieses Kapitels stehen verschiedene Zahlentafeln, die Auskunft geben über Schul- und Bildungsabschluss, Erwerbsstatus und Stellung im Beruf sowie Art und Höhe des Lebensunterhaltes der Berliner Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund (vgl. Tabellen 2.2.14 b, 2.2.15 b, 2.2.17 b, 2.2.20 b, 2.2.20 c und 2.2.20 d).

**Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) und die Auswirkungen auf die Gesundheitsberichterstattung (GBE)**

Mit Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) am 01.01.2000 ist es zu vielfältigen Veränderungen in der Bevölkerungsstatistik gekommen, verbunden mit erheblichen Auswirkungen auf die Gesundheitsberichterstattung (GBE).

**Deutsche Staatsbürgerschaft für Kinder  
ausländischer Eltern  
gem. StAG seit 2000**

Seit Januar 2000 erhalten gem. § 4 Abs. 3 StAG (mit der Geburt) und § 40b StAG (auf Antrag) *in der Bundesrepublik Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft*, wenn sich mindestens ein Elternteil seit 8 Jahren dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland aufhält und eine Aufenthaltsberechtigung oder seit mindestens drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzt. Diese Veränderungen in der Gesetzgebung üben einen nachhaltigen Einfluss auf statistische Erhebungen hinsichtlich des Merkmals „Staatsangehörigkeit“ aus. Eine Bereitstellung valider Daten und deren Aufbereitung z. B. für Zeitreihen wird zunehmend an Bedeutung verlieren. Gesundheitsrelevante Aspekte der Bevölkerungsgruppen mit bzw. ohne ausländische Staatsangehörigkeit können nur noch defizitär behandelt werden. Zudem werden zielgerichtete (politische) Interventionen insbesondere bei vulnerablen Gruppen erheblich erschwert. Hier sind statistische Angaben zum Migrationshintergrund dringend erforderlich.

Bezüglich der Auswirkungen des StAG sei an dieser Stelle beispielhaft genannt, dass seit 2000 allein *drei Viertel der in Berlin von Türcinnen geborenen Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit* erhalten haben. Insgesamt galt bis 1999 etwa jedes fünfte (in Berlin-West sogar jedes vierte) geborene Kind als „Ausländer“. Im ersten Jahr nach Inkrafttreten des StAG wurde nur noch jedes zehnte Lebendgeborene als ausländisch registriert, 2006 war es sogar nur noch jedes vierzehnte (vgl. Tabelle 2.2.10).

Wer also die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, muss nicht in Deutschland von deutschen Eltern geboren sein. Ein oder beide Elternteile können anderer Herkunft sein. Viele der zugezogenen Ausländerinnen und Ausländer leben bereits in der zweiten und dritten Generation in Berlin und besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit, was das Erkennen eines möglichen Migrationshintergrundes erschwert.

**Berliner Bevölkerungsstruktur nach Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund**

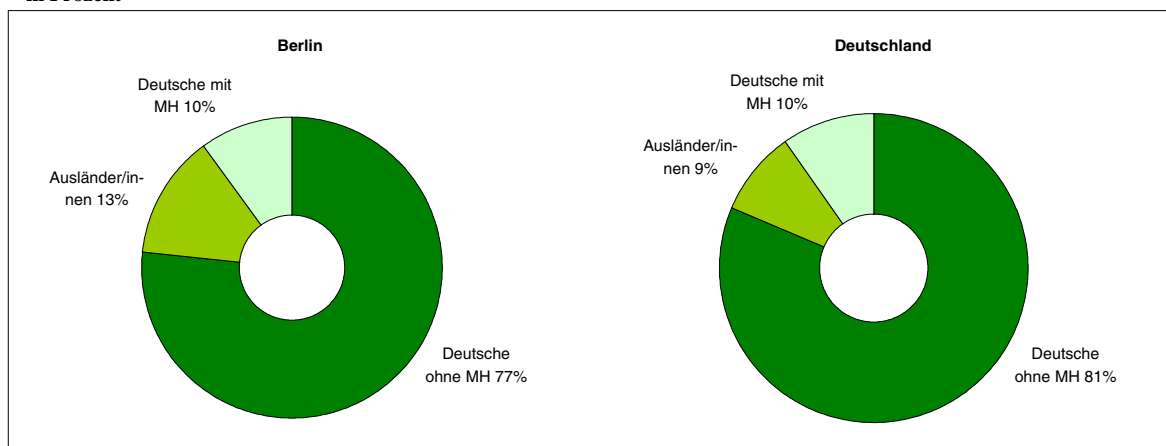
Das Statistische Bundesamt stellte nach Auswertung der Mikrozensusfragen zum Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt 2006 a) fest, dass in Deutschland im Jahr 2005 insgesamt 15,3 Mio. Ausländer und Ausländerinnen sowie Deutsche mit Migrationshintergrund (Zugewanderte und ihre Nachkommen) lebten. Folglich stellte diese Gruppe fast ein Fünftel (19 %) der Bevölkerung, während die 67,1 Mio. Deutsche ohne Migrationshintergrund rund vier Fünftel (81 %) der Bevölkerung entsprachen. Damit war sowohl die *Zahl aller Personen mit Migrationshintergrund als*

auch deren Anteil an der Gesamtbevölkerung mehr als doppelt so hoch als die bislang bekannte Ausländerzahl. Innerhalb der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund stellten die Deutschen mit ausländischen Wurzeln mit insgesamt 8 Mio. oder annähernd 10 % der Bevölkerung die Mehrheit (52 %), während die 7,3 Mio. Ausländerinnen und Ausländer mit knapp 9 % der Gesamtbevölkerung nur 48 % aller Personen mit Migrationshintergrund ausmachten.

In Berlin lag 2005 der Ausländeranteil bei 13,3 %, der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund lag nochmals bei 10,1 % (Statistisches Bundesamt 2007 a). Somit hatte fast ein Viertel (23,4 %) der Berliner Bevölkerung einen Migrationshintergrund (vgl. Abbildung 2.3.).

Abbildung 2.3:

Bevölkerung in Berlin und Deutschland 2005 nach Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund (MH)  
- in Prozent



(Datenquelle: StBA / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)

Wie bereits erwähnt, stieg die Bevölkerungszahl Berlins 2006 um 8.848 Personen auf 3.404.037. Die Entwicklung der Bevölkerung ergibt sich zum einen aus den Geburten und Sterbefällen und zum anderen aus den *Wanderungsbewegungen (Zu- und Fortzüge)*. 2006 verdankte Berlin den Bevölkerungsgewinn im Wesentlichen dem positiven Wanderungssaldo von knapp 10.700 Personen, also höheren Zu- als Fortzügen über die Landesgrenze von Berlin. Dabei weist der *Wanderungssaldo der Deutschen* einen negativen Wert von 2.627 Personen auf, zusätzlich zu einem *Sterbeüberschuss* von 3.086 Personen (es starben mehr Menschen als geboren wurden). Im Unterschied dazu siedelten sich über 13.300 Ausländer und Ausländerinnen mehr in Berlin an als wegzogen (2005 waren es sogar über 17.700 ausländische Personen). Zusätzlich sorgten die *nicht-deutschen Familien für einen Geburtenüberschuss* von 1.190 Kindern (vgl. Tabellen 2.2.9 und 2.2.12).

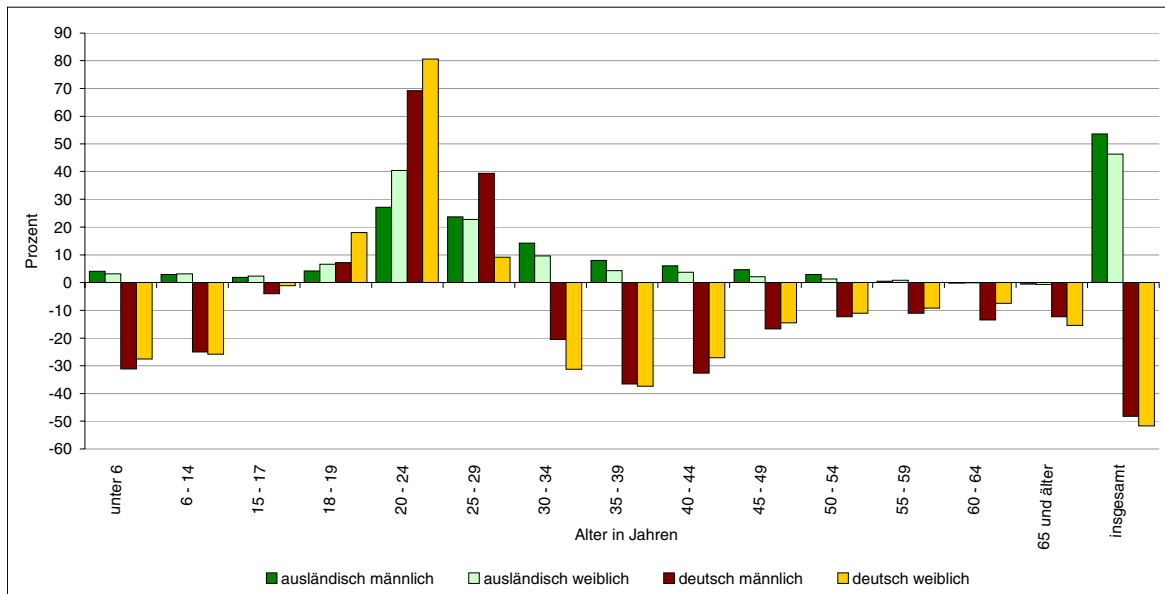
Bevölkerungsanstieg  
in Berlin hervor-  
gerufen durch Zuzüge  
aus dem Ausland

Die Alters- und Geschlechtsverteilung des Wanderungssaldos wird in Abbildung 2.4 dargestellt. Dabei sind die Anteile der Altersgruppen an den Wanderungssalden der deutschen und der ausländischen Bevölkerung jeweils getrennt für jedes Geschlecht berechnet. Zur Vermeidung von Doppelzählungen wird als ausländisch gezählt, wer keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. Personen im Besitz der deutschen und einer weiteren Staatsbürgerschaft sind als Deutsche ausgewiesen.

Eine durchweg *positive Wanderungsbilanz* weisen die Altersgruppen der 18- bis 29-Jährigen deutscher wie ausländischer Staatsangehörigkeit auf. So hatten die nach Berlin gezogenen 20- bis 24-jährigen Deutschen einen Anteil von 80 % am Wanderungssaldo der deutschen Frauen und von 70 % an dem der deutschen Männer. In allen anderen Altersklassen schwindet die deutsche Berliner Bevölkerung durch Abwanderungen. Ein konträres Wanderungsverhalten zeigen die Nichtdeutschen. Ausländer und Ausländerinnen fast jeden Alters zog es in die Hauptstadt, in der sie bis zum 60. Le-

Abbildung 2.4:

Wanderungssalden der Bevölkerung in Berlin 2005 nach Altersgruppen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit  
- in %



(Datenquelle: AfS Berlin-Brandenburg / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)

bensjahr auch blieben. Die älteren ausländischen Bewohnerinnen und Bewohner verließen dann vermehrt die Stadt.

Trotz Zunahme der Zahl ausländischer Frauen überwiegen männliche Ausländer

Die Geschlechterverteilung der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung differiert. Waren 1996 in Berlin 45 % der ausländischen Bevölkerung weiblich und 55 % männlich, betrug im Gegensatz dazu das Verhältnis in der deutschen Bevölkerung 52 % Frauen zu 48 % Männer. Das blieb, anders als das *Geschlechterverhältnis* der ausländischen Einwohner, über die Jahre nahezu konstant (z.B. gab es 2006 in Berlin 10.638 Frauen mehr als Männer deutscher Nationalität). Ende 2006 lebten laut Bevölkerungsfortschreibung 28.835 ausländische Frauen (14,8 %) mehr als vor 10 Jahren in Berlin, wohingegen es bei den ausländischen Männern seit 1996 nur einen Anstieg um 3,6 % (8.724 Personen) gab. Obwohl sich das Verhältnis Frauen zu Männern ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2006 auf 47 % zu 53 % einpendelte, bestand weiterhin ein Überschuss von fast 24.400 Männern (vgl. Abbildung 2.5, Tabellen 2.2.1 und 2.2.2).

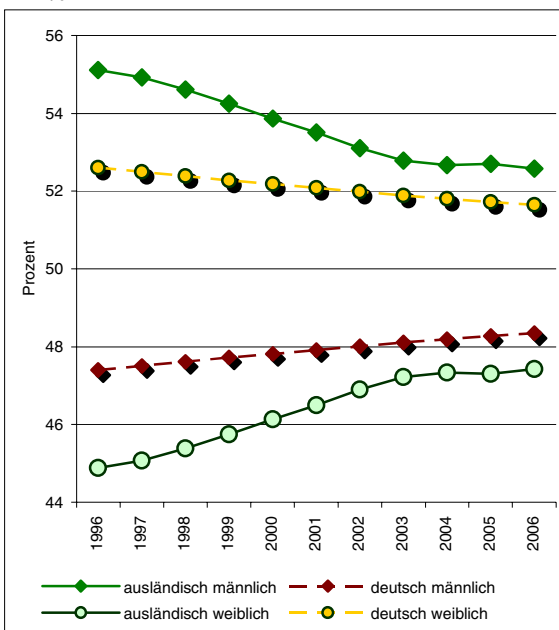
Höchster Ausländeranteil im Bezirk Mitte

Die Bevölkerungszusammensetzung nach Staatszugehörigkeit ist in den einzelnen *Bezirken* sehr unterschiedlich. Obwohl in fast allen Bezirken der *ausländische Bevölkerungsanteil* in den letzten zehn Jahren kontinuierlich stieg (bis auf Treptow-Köpenick),

Die Geschlechterverteilung der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung differiert. Waren 1996 in Berlin 45 % der ausländischen Bevölkerung weiblich und 55 % männlich, betrug im Gegensatz dazu das Verhältnis in der deutschen Bevölkerung 52 % Frauen zu 48 % Männer. Das blieb, anders als das *Geschlechterverhältnis* der ausländischen Einwohner, über die Jahre nahezu konstant (z.B. gab es 2006 in Berlin 10.638 Frauen mehr als Männer deutscher Nationalität). Ende 2006 lebten laut Bevölkerungsfortschreibung 28.835 ausländische Frauen (14,8 %) mehr als vor 10 Jahren in Berlin, wohingegen es bei den ausländischen Männern seit 1996 nur einen Anstieg um 3,6 % (8.724 Personen) gab. Obwohl sich das Verhältnis Frauen zu Männern ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2006 auf 47 % zu 53 % einpendelte, bestand weiterhin ein Überschuss von fast 24.400 Männern (vgl. Abbildung 2.5, Tabellen 2.2.1 und 2.2.2).

Abbildung 2.5:

Geschlechtsspezifische Bevölkerungsanteile in Berlin 1996 - 2006 nach Staatsangehörigkeit  
- in %



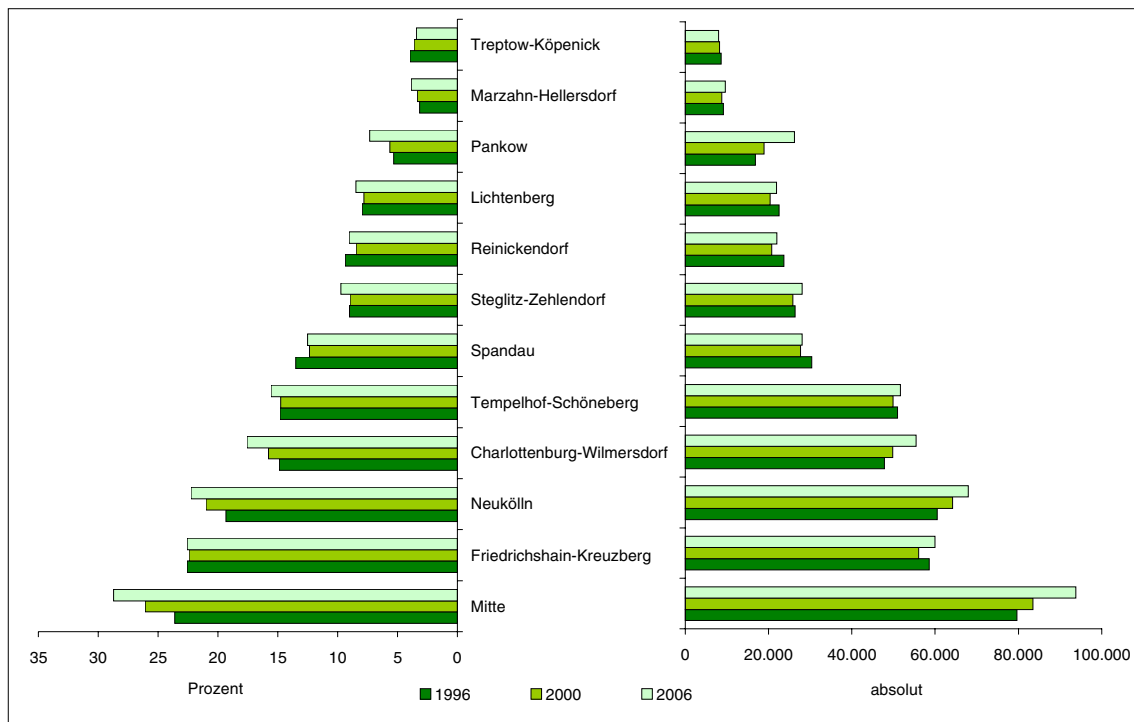
(Datenquelle: AfS Berlin-Brandenburg / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)



Abbildung 2.6:

Ausländische Bevölkerung in den Berliner Bezirken 1996, 2000 und 2006 (Stand: 31.12.)

- absolut und Anteil an der Gesamtbevölkerung des Bezirks in %



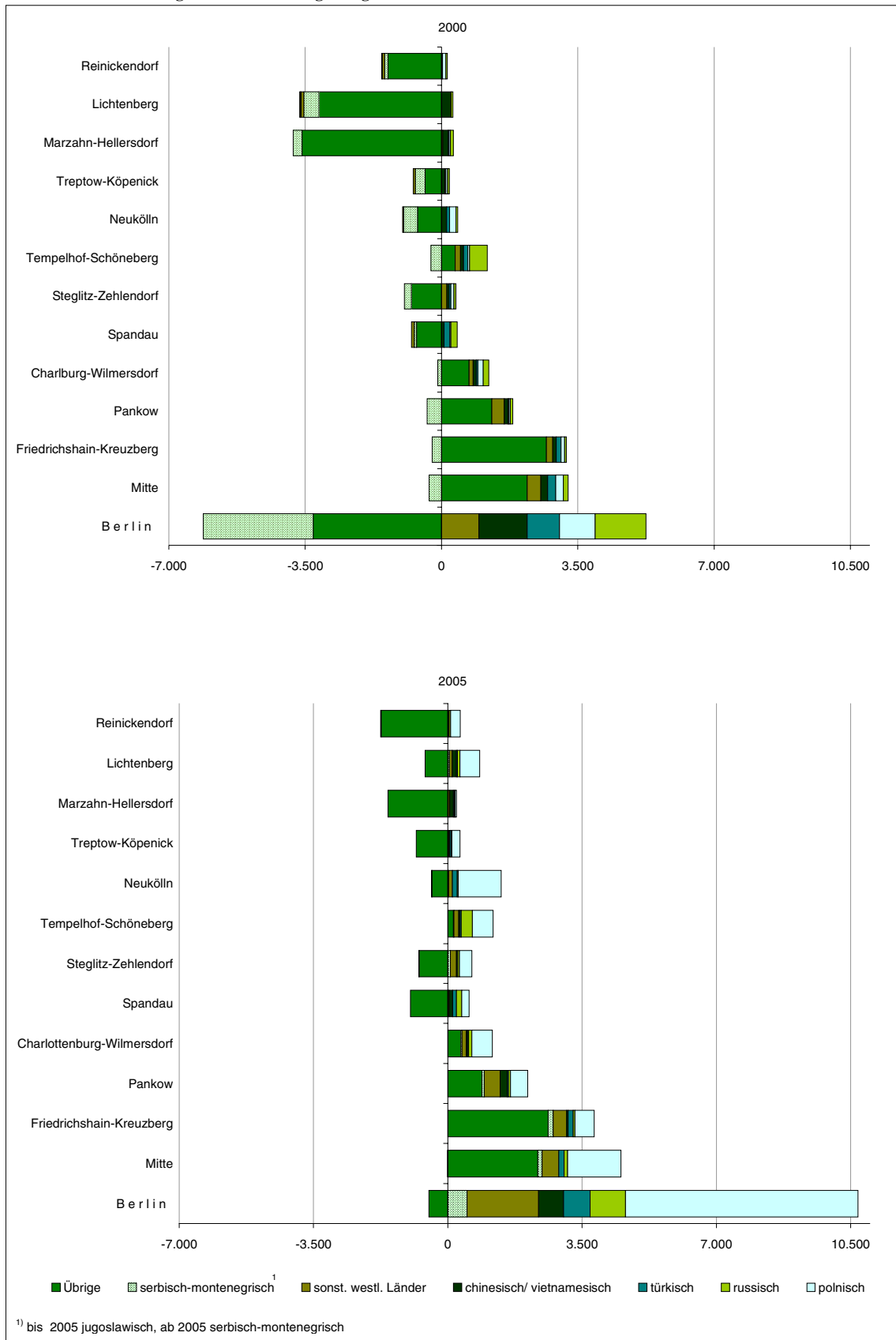
(Datenquelle: AfS Berlin-Brandenburg / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)

krystallisierten sich einige von Nichtdeutschen präferierte Bezirke heraus (vgl. Abbildung 2.6). 2006 nahmen die Bezirke Mitte mit 28,7 % (das entspricht 93.796 ausländischen Personen), Friedrichshain-Kreuzberg mit 22,6 % (59.987 Personen) und Neukölln mit 22,2 % (67.952 Personen) wie seit Jahren die vorderen Plätze ein, während in den ehemaligen Berliner Ost-Bezirken Pankow nur 7,3 %, in Marzahn-Hellersdorf 3,9 % und in Treptow-Köpenick lediglich 3,4 % ausländische Einwohnerinnen und Einwohner lebten (vgl. Tabelle 2.2.1). Dieser Betrachtungsweise liegt lediglich das Kriterium Staatsangehörigkeit zugrunde, nicht auch der Migrationshintergrund. So könnte sich für Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg eine weitaus höhere Zahl von Menschen, die im Ausland geboren wurden, ergeben, da hier vorrangig *Spätaussiedler* aus den Republiken der ehemaligen Sowjetunion, die als Zugewanderte mit deutscher Staatsangehörigkeit ohne Einbürgerung gelten, bevorzugt eine Heimat fanden.

Auskunft über die *Bevölkerungszusammensetzung nach Staatsangehörigkeit innerhalb der Bezirke* und das Zu- und Fortzugsverhalten über die Landesgrenzen gibt Abbildung 2.7 mit Zahlen aus der Bevölkerungsfortschreibung der Jahre 2000 und 2005. Im Jahr 2000 verließen mehr ausländische Personen Berlin als zuzogen, hauptsächlich verursacht durch die Heimkehr von über 6.000 Menschen ins ehemalige Jugoslawien (Serbien und Montenegro treten seit 01.01.2004 als Nachfolgestaat der Bundesrepublik Jugoslawien auf). Voraussetzung für die Rückkehr war der Abschluss des Dayton-Friedensabkommens im Dezember 1995 nach dreieinhalb Jahren Krieg in Bosnien, Herzegowina und Kroatien. Im Jahr 2000 lief überdies das Duldungsrecht für Flüchtlinge aus. Durch die Zusage des Berliner Senats, die Heimkehr der Flüchtlinge finanziell zu unterstützen, kam es unter anderem im Jahr 2000 zu einer verstärkten Rückkehr in die Gebiete der ehemaligen Jugoslawischen Republik. Im Wanderungssaldo lässt sich somit eindrucksvoll der Einfluss weltweiter politischer Entscheidungen erkennen.

Unterschiedliche Verteilung der Staatsangehörigkeiten in den Berliner Bezirken

**Abbildung 2.7:**  
**Wanderungssalden über die Landesgrenze von Berlin 2000 und 2005**  
**nach Bezirken und ausgewählten Staatsangehörigkeiten**



(Datenquelle: AfS Berlin-Brandenburg / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)



Dieser Einfluss offenbart sich auch im Jahr 2005. Deutlich sichtbar ist die verstärkte Zuwanderung aus Polen nach Berlin. Durch die vereinfachten Reise- und Arbeitsbedingungen für Polen und Polinnen durch die Aufnahme ihres Heimatlandes in die Europäische Union im Mai 2004 (Übergangsregelungen, nach denen etwa Personen mit polnischer Staatsangehörigkeit erst später in den alten EU-Staaten arbeiten dürfen, gelten nicht für Selbständige) zogen mehr als 10.000 Menschen aus der Republik Polen in die deutsche Hauptstadt. 4.000 Polinnen und Polen verließen im selben Jahr Berlin. Die bevorzugten Wohnbezirke der 6.000 Menschen polnischer Herkunft waren Mitte und Neukölln, aber auch Tempelhof-Schöneberg, Charlottenburg-Wilmersdorf, Lichtenberg und Friedrichshain-Kreuzberg wurden Heimat für jeweils etwa 500 Personen. Dahingegen zogen nur jeweils 900 bis 400 Personen mit russischer, französischer, türkischer, amerikanischer, vietnamesischer, serbisch-montenegrinischer (ehemaliges Jugoslawien) und britischer Staatsangehörigkeit in die Hauptstadt. Amerikaner und Briten, aber auch Vietnamesen favorisierten den nordöstlichen Bezirk Pankow zum Wohnen.

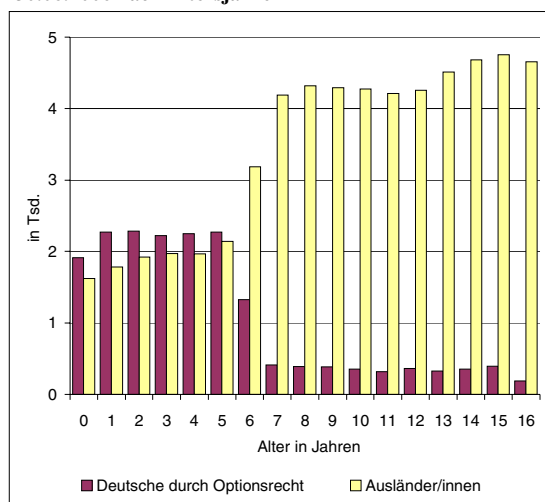
### Auswirkungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes auf Kinder unter 17 Jahren

Seit Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes zum 01.01.2000 können bzw. konnten Kinder und Jugendliche ausländischer Eltern unter bestimmten Bedingungen (§ 4 Abs. 3, § 29, § 40b StAG) zunächst die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten (meist zusätzlich zur eigenen). Die Betroffenen

müssen mit Erreichen der Volljährigkeit erklären, welche Staatsangehörigkeit sie behalten wollen (*Optionsregelung*).

**Abbildung 2.8:**

**Melderechtlich registrierte Kinder und Jugendliche unter 17 Jahren mit ausländischer und durch Optionsrecht erworbener deutscher Staatsangehörigkeit in Berlin am 30.06.2006 nach Altersjahren**



(Datenquelle: AfS Berlin-Brandenburg / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)

**Tabelle 2.1:**

**Am 31.12. melderechtlich registrierte Bevölkerung unter 16 Jahren in Berlin 1996, 2000 und 2006 nach Staatsangehörigkeit**

Jahr	Insgesamt	Darunter ausländisch absolut	%
1996	541.715	88.502	16,3
2000	482.631	75.433	15,6
2006	427.848	52.303	12,2

(Datenquelle: AfS Berlin-Brandenburg / Darstellung: SenGesUmV - I A -)

Am Stichtag 30. Juni 2006 gab es in der Altersgruppe der 0- bis 5-Jährigen ausländischer Herkunft wesentlich mehr Kinder, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Optionsregelung erhalten hatten, als Kinder und Jugendliche mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Abbildung 2.8 illustriert anschaulich, dass das Unterscheidungsmerkmal Staatsangehörigkeit seit Einführung des StAG im Jahr 2000 speziell bei Kindern zunehmend an Aussagefähigkeit verliert.

Ansatzweise offenbaren sich die durch die Neuregelungen hervorgerufenen Veränderungen auch in der weiter gefassten Altersgruppe ausländischer Kinder und Schulkinder bis zum 17. Lebensjahr. Dies beruht auf der Regelung, dass für ausländische Kinder, die am 1. Januar 2000 das 10. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und zugleich die Kriterien wie zur Einbürgerung bei Geburt (§ 4 Abs. 3 StAG) erfüllten, zunächst die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten konnten. Tabelle 2.1 demonstriert die Auswirkungen der Änderung des StAG für diese Generation. 1996 besaßen von den 541.715 in Berlin lebenden Kindern unter 16 Jahren 88.502 Personen nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Das entspricht einem Ausländeranteil von 16,3 % in dieser Altersgruppe. 2000 sank die Ausländerquote auf 15,6 % und seitdem kontinuierlich bis auf 12,2 % im Jahr 2006.

Abbildung 2.9 zeigt die prozentualen Veränderungen der Anteile deutscher bzw. nichtdeutscher Kinder unter 16 Jahren zum Vorjahr. Die um fast 5 Prozentpunkte abfallende Verlaufskurve der ausländischen Bevölkerung und der gleichzeitige Anstieg der Deutschen im Jahr 2000 signalisieren die Auswirkungen der neuen gesetzlichen Bestimmungen zum Staatsangehörigkeitswechsel.

### Bevölkerungsprognose bis 2020

Die Bevölkerungsprognose für den Zeitraum 2002 bis 2020 auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung für Berlin, erarbeitet von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, erwartet bis 2020 einen *Rückgang der Berliner Bevölkerungszahl* auf 3.366.788. Dieser Rückgang wird durch den geringer werdenden Anteil Berliner und Berlinerinnen mit deutschem Pass hervorgerufen.

Ausländerzahl wird bis 2020 trotz der Auswirkungen des StAG weiter steigen

Ferner prognostiziert die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die so weit als möglich die Auswirkungen des geänderten Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) und die durchschnittliche Zahl der Einbürgerungen der letzten Jahre berücksichtigte, eine weitere Zunahme des gegenwärtigen Ausländeranteils von 13,9 % (472.653 Nichtdeutsche im Jahr 2006) an der Berliner Bevölkerung. Für 2020 wird je nach Variante der Ausländeranteil in der Hauptstadt auf 14,3 % („Schrumpfung“), auf 16,7 % („Boom“) oder am wahrscheinlichsten auf 15,5 % („Basis“) geschätzt. Unbeachtet bleiben bei allen Varianten Menschen mit Migrationshintergrund, so dass gewiss von einem höheren Anteil an Personen mit Migrationshintergrund auszugehen sein wird.

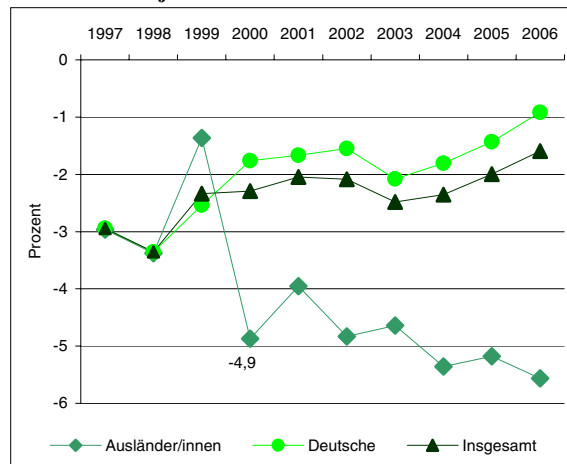
Inwieweit die tatsächliche Entwicklung mit der erwarteten übereinstimmen könnte, zeigt eine Gegenüberstellung der fortgeschriebenen Bevölkerung in Berlin am 31.12.2006 mit der für diesen Zeitpunkt nach der Variante „Basis“ errechneten. Die Annahme, dass die Berliner Bevölkerung im Jahr 2006 mehr als 3,4 Millionen zählen würde, ist eingetreten, wenn auch nicht im erwarteten Umfang. Der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung ist dagegen mehr als vorausgesagt (+1 %) angewachsen. Insgesamt ist festzustellen, dass die *prognostizierten Zahlen nur geringfügig von der tatsächlichen Bevölkerungszahl abweichen* (vgl. Tabelle 2.2).

Stärkster Zuwachs bei den erwerbsfähigen Ausländern und Ausländerinnen

Laut Prognose ist davon auszugehen, dass im Jahr 2010 voraussichtlich 485 Tsd. Ausländerinnen und Ausländer in der Hauptstadt leben werden und diese Zahl bis zum Jahr 2020 auf fast 521 Tsd. Personen steigen wird (vgl. Tabelle 2.2.13).

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung stellte auf Basis ihrer Prognoseergebnisse fest, dass mit der Verfestigung der Hauptstadt-, Wissenschafts- und Dienstleistungsfunktionen Berlins die Stadt vermehrt Menschen aus dem Ausland anziehen wird, die hier im diplomatischen Dienst, als Studierende oder Geschäftsleute tätig sein werden. Dadurch wird der stärkste Zuwachs bei den erwerbsfähigen Ausländern und Ausländerinnen, speziell in der Gruppe der 35- bis 64-Jährigen, hervorgerufen werden (vgl. Abbildung 2.10).

**Abbildung 2.9:**  
Veränderung der Bevölkerung unter 16 Jahren in Berlin 1997 - 2006 (Stand: 31.12.) nach Staatsangehörigkeit - in % zum Vorjahr



(Datenquelle: AfS Berlin-Brandenburg / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)

**Tabelle 2.2:**  
Abweichung der tatsächlichen von der prognostizierten Bevölkerung in Berlin am 31.12.2006

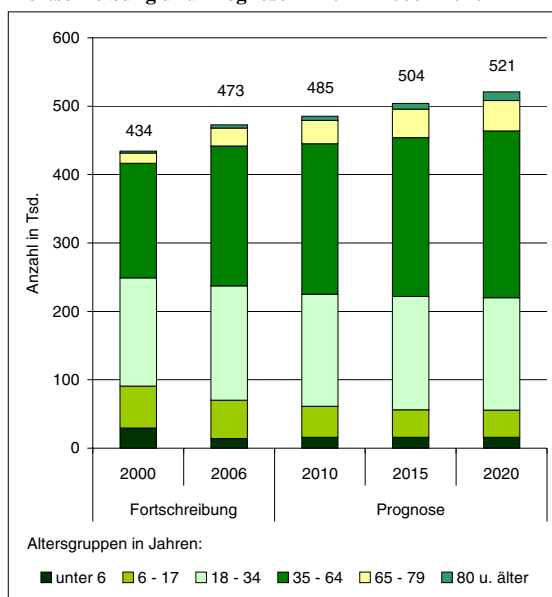
Bevölkerung am 31.12.2006	Insgesamt	Deutsche	Ausländer
tatsächlich	3.404.037	2.931.384	472.653
prognostisch	3.411.539	2.943.565	467.975
Abweichung in %	-0,2	-0,4	1,0

(Datenquelle: AfS Berlin-Brandenburg / SenStadt Berlin / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)

Am beschriebenen Anstieg der Ausländerquote (gemessen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung) um fast 2,7 Prozentpunkte von 2000 bis 2020 sind *Frauen stärker beteiligt als Männer*. Während sich der Anteil der Ausländer an der gesamten männlichen Bevölkerung um 2 Prozentpunkte erhöht, ist beim Anteil der Ausländerinnen an der weiblichen Gesamtbevölkerung ein Zuwachs von 3,2 Prozentpunkten zu verzeichnen, wie in Abbildung 2.11 erkennbar.

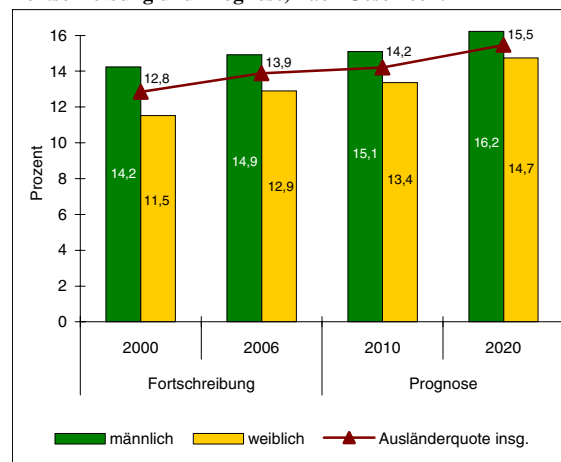
Die nächste *Bevölkerungsprognose für den Zeitraum 2005 - 2025* auf Grundlage der neu entwickelten kleinräumigen lebensorientierten Räume (LOR) ist von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg für Ende 2007 / Anfang 2008 avisiert.

**Abbildung 2.10:**  
Entwicklung der ausländischen Bevölkerung nach Fortschreibung und Prognose in Berlin 2000 - 2020



(Datenquelle: AfS Berlin-Brandenburg / SenStadt Berlin / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)

**Abbildung 2.11:**  
Ausländeranteil in Berlin 2000 bis 2020 (Bevölkerungsfortschreibung und Prognose) nach Geschlecht



(Datenquelle: SenStadt Berlin / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)